

Bemühtes Deutschland

Der Gedenktag der Befreiung von Auschwitz ist alles andere als koscher

Die Institutionen strengen sich an, die Schuld an den Juden im „Dritten Reich“ zu bewältigen. Doch wie sehen das jene, die als Nachkommen der Ermordeten Zeugen solchen Gedenkens sind?
Anmerkungen zu Peinlichkeiten und Versäumnissen.

Von Walter Homolka

Der 27. Januar 2005: offizielles Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Arno Lustiger erinnert im Bundestag an den jüdischen Widerstand, Wolf Biermann trägt Katzenelsons „großen Gesang vom ausgerotteten jüdischen Volk“ vor. Ein Trauertag für Vertreter aller deutschen Verfassungsorgane, doch viele Juden meiner Umgebung lächeln nur milde über derlei Klimmzüge im offiziellen Kalender eines Staates, der sich so sehr um seine toten Juden bemüht. Dabei kann einem das Lächeln gefrieren.

Gäste ohne Appetit

Der 27. Januar ist ein noch neuer Kulminationspunkt im Bemühen der deutschen Gesellschaft, mit ihrem geschichtlichen Erbe fertig zu werden: der systematischen Ermordung der Juden Europas. Die Antwort darauf: eine Geste, die an Opfer wie Täter erinnern soll. Und der Alltag? Auch nach Jahrzehnten des Dialogs und der Beschäftigung mit den jüdischen „Mitbürgern“ kommt es immer wieder zu grotesken Situationen. Zwei Schlaglichter. Deutsche Botschaft in London. Einem verdienten Rabbiner deutscher Herkunft wird das Bundesverdienstkreuz verliehen. Der hohe Gastgeber wundert sich beim anschließenden Stehempfang: „Nicht viel Appetit haben die Gäste.“ Meine Antwort findet kein Verständnis: Exzellenz reicht seinen jüdischen Gästen einen Hummer-Cocktail. Oder Humboldt-Universität Berlin 2005. Ein orthodoxer Rechtsgelehrter der noblen Yeshiva University New York wird eingeladen, einen Vortrag über die göttliche Unabänderlichkeit jüdischen Religionsrechts zu halten. Nachher trifft man sich zum edlen Buffet. Es gibt treifes Krabbenfleisch im Speckmantel und andere verbotene Köstlichkeiten. Die jüdische Zuhörerschaft wundert sich, was deutsche Elite angesichts eines so orthodoxen Gastes allen Ernstes anbietet. Ein Versuch, den Organisatoren sanft zu vermitteln, wie peinlich die Lage ist, scheitert. Weder der Gast noch seine jüdischen Zuhörer können hier mitessen. Trockener Kommentar der Gastgeber: Es seien ja doch im Wesentlichen Nichtjuden der Einladung gefolgt.

Sprachhülsen, Sonntagsreden

Haben Jahrzehnte des Gesprächs so wenig Aufmerksamkeit im Anderen erzeugt, dass ganz grundlegende Formen der Gemeinsamkeit einfach nicht begriffen

werden? Kurzum, im Umgang miteinander ist längst nicht alles kosher, und man hat das üble Gefühl: Juden sind nichts als Statisten für die „political Correctness“ der Bundesrepublik. Einfache Erlebnisse wie diese wiederholen sich wieder und wieder in diesem bemühten Deutschland. Der 27. Januar ist der Tag, an dem sich der Ärger darüber besonders entlädt. Leere Sprachhülsen bekommt man angeboten in Sonntagsreden, die aber dem Aufbau und der Entfaltung lebendigen Judentums in Deutschland wenig helfen. Sarkastisch heißt es in der jüdischen Gemeinschaft denn auch: „Judentum in Deutschland wird gefördert, wenn es tot ist.“ Und man meint es doch so gut. In wenigen Wochen werden wir eine Betonwüste als Mahnmal für die ermordeten Juden Europas einweihen. Ignatz Bubis hat einmal richtig gesagt: „Wir brauchen das Holocaust-Mahnmal nicht, es ist für die Deutschen.“ So ist es. Und wir Juden hätten die Gelder weit besser verwenden können, um uns eine Zukunft in Deutschland aufbauen zu können. Aber in Tonnen Beton gegossene Vergangenheit ist der deutschen Öffentlichkeit wichtiger als eine Zukunft aus Fleisch und Blut. Viel Aufwand für tote Juden. Aber wenig Geld für lebendiges Judentum in seiner ganzen Vielfalt.

Einfalt statt Vielfalt

So lässt sich die aktuelle Frage der Beschränkung jüdischer Zuwanderung auch lesen - als Sparprogramm. Wer 200.000 Menschen ins Land lässt, damit sie Deutschlands jüdische Gemeinden vor dem Aussterben bewahren, sollte auch bedenken, wie man sie integriert, wie man ihnen Arbeit gibt und die Möglichkeit, eine positiv verstandene jüdische Identität zu erlangen. Die Staatsverträge der Länder können das neu erwachte Gemeindeleben nicht annähernd tragen. Das ist Deutschland im sechzigsten Jahr der Befreiung: Eine in Beton gegossene Liebeserklärung für eine viel beschworene kulturelle Symbiose, die nur Phrase ist. Erinnern wir uns an den 27. Januar 2003. Kanzler Schröder unterzeichnete den Staatsvertrag mit dem Zentralrat der Juden. Ein Fotoereignis. Und schnell musste es gehen. In wenigen Wochen wird ein rechtlich fragwürdiges Konstrukt zusammengezimmert. An allen Bedenken der Ministerialen vorbei wird Einfalt statt Vielfalt festgeschrieben, nur für den großen Auftritt am Tag des Gedenkens: Deutschland schenkt seinen Juden eine Zukunft. Doch die große Geste geriet zum Auftakt eines langwierigen Verfassungskonflikts über die Freiheit lebender Juden, ihr Judentum in Deutschland eigenverantwortlich zu gestalten - so vielfältig, wie es vor dem Holocaust gang und gäbe war. Für uns Juden ist jeder Tag des Jahres ein Gedenktag, auch der 27. Januar. Wir empfinden an diesem Tag besonders deutlich das Unbehagen der deutschen Politik angesichts lebendigen Judentums. Und dass sie wohl deshalb so eifrig an den Denksteinen für unsere Toten baut.

Rabbiner Walter Homolka ist Rektor des Abraham Geiger Kollegs in Potsdam zur Ausbildung von Rabbinern für Europa und Gouverneur der Weltunion für progressives Judentum